

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 153. Ratssitzung vom 10. Mai 2017

2898. 2016/248

Weisung vom 29.06.2016:

Gesundheits- und Umweltdepartement, Volksinitiative «Nachhaltige und faire Ernährung», Ablehnung

Antrag des Stadtrats

Zuhanden der Gemeinde:

Die Volksinitiative «Nachhaltige und faire Ernährung» wird abgelehnt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit zum Antrag des Stadtrats:

Elisabeth Schoch (FDP): *Bei dieser Weisung geht es um eine Volksinitiative, die die Gründung einer Stiftung forderte. Es geht darum, dass nachhaltige, pflanzliche Ernährung gefördert werden soll. Man will neue Bewilligungskriterien für Veranstaltungen bezüglich Angeboten an veganen Spezialitäten. Man will vegane und vegetarische Ernährungsangebote in öffentlichen Anstalten mit mindestens einem veganen Menu fördern. Der Stadtrat lehnt die Initiative ab, weil in diesem Bereich bereits sehr viel getan werde. Im Rahmen der Bemühungen um die 2000-Watt-Gesellschaft ist die Ernährungsfrage bereits enthalten und deshalb werden bereits sehr viele Projekte umgesetzt. In allen Personalrestaurants werden bereits vegetarische Menus angeboten. Es gibt ein Menu Plus, das auf CO₂-Reduktion ausgerichtet ist. In den Spitälern, Alters- und Pflegeheimen werden täglich vegetarische Menus angeboten. Es gibt in den Alterszentren einen fleischlosen Tag. Es gibt Ernährungsrichtlinien für Schulen, es gibt Erlebnismonate und es gibt Mitwirkung bei Food Zürich. Es wird bereits sehr viel gemacht, deshalb ist die Initiative obsolet. In den städtischen Verpflegungsanstalten wird sehr viel gemacht, damit kein Food Waste entsteht. Die Volksinitiative wird von den Grünen unterstützt und die Grünen haben auch einen Gegenvorschlag.*

Kommissionsminderheit zum Antrag des Stadtrats:

Eva Hirsiger (Grüne): *Der Zusammenhang zwischen unserer Ernährung, den Treibhausgasemissionen und weiteren Umwelt- und Sozialthematiken ist immer präsenter in der Öffentlichkeit. Die Präsenz und das Bewusstsein in der Bevölkerung stehen in keinem Verhältnis zum Ausmass der Emissionen und zum Verbesserungspotential. Eine Studie aus dem Jahr 2011 zeigt, dass die Ernährung einen Drittel unserer Umweltbelastung ausmacht. Das Einsparpotential ist sehr gross und einfach umzusetzen. Man muss auf einige einfache Grundsätze achten. Es soll keine Flugimporte geben, sondern stattdessen saisonale und regionale Produkte, es soll auf beheizte Treibhäuser verzichtet werden und es sollen weniger tierische Produkte konsumiert werden. Tierische Produkte*

gehören zu den Hauptursachen des Klimawandels. Die Problematik ist zu gross, als dass auf politische Massnahmen verzichtet werden könnte. Nicht nur Treibhausgasemissionen, Gewässerbelastungen und der enorme Bodenverbrauch sind Auswirkungen unseres Fleischkonsums. Fleischkonsum verursacht auch globale Probleme. Die riesigen Soja- und Maisplantagen in Südamerika dienen fast ausschliesslich der Produktion von Tierfutter für die Fleischproduktion. Regenwald wird abgeholzt, Kleinbauern verlieren ihr Land, es gibt eine Nährstoffdrift von Südamerika nach Europa. Würde auf diesen Flächen nicht Tierfutter, sondern Nahrung, die direkt für Menschen vorgesehen ist, produziert, könnte man weitere vier Milliarden Menschen ernähren. Die Verteilproblematik kommt selbstverständlich hinzu. Das, was wir hier essen, hat einen direkten Zusammenhang mit der Welthungersituation. Die Initiative schreibt niemandem etwas vor. Wir wissen alle, dass Essen ein sehr emotionales Thema ist und auch ein Genuss sein soll. Ein Genuss kann aber nur ein Genuss sein, wenn man weiss, dass man damit nichts zerstört. Die Initiative will niemandem etwas vorschreiben. Sie zielt darauf ab, dass das Angebot an nachhaltiger Ernährung besser wird. Vor allem soll das Bewusstsein in der Bevölkerung erhöht werden.

Kommissionsmehrheit/-minderheit Änderungsantrag neue Dispositivziffer 2:

Marcel Bührig (Grüne): Der Gegenvorschlag ist die logische Folge einer solchen Initiative. Wir streben einen Kompromiss zwischen Initiativgegnern und -Befürwortern an. Das Thema ist emotional, aber man muss es in der Politik angehen. Der Gegenvorschlag ist eine sinnvolle Ergänzung des 2000-Watt-Artikels. Eine Debatte über Klimawandel und die 2000-Watt-Gesellschaft ist ohne das Behandeln von Ernährungsfragen keine richtige Diskussion. Ernährung ist ein elementarer Bestandteil. Wir wollen, dass die Stadt eine gewisse Grundlage erhält, um in diesem Bereich aktiver zu werden. Die Ernährungsfrage ist wichtig, Ein Drittel der Umweltbelastung ist auf die Ernährung zurückzuführen. Es geht nicht um Bevormundung. Es geht um Informationen und Fakten. Wir müssen der Bevölkerung die relevanten Informationen und Fakten anbieten, damit sie entscheiden kann, wie sie ihre Ernährung gestalten will. Die Menschen sollen anhand wissenschaftlicher Fakten entscheiden können. Der Gegenvorschlag gibt dem Stadtrat und der Stadtverwaltung die Möglichkeit, umfassend über das Thema zu informieren und Aufklärungsarbeit zu leisten. Die Bevölkerung ist sich noch nicht bewusst, welchen Einfluss auf das Klima die eigene Ernährung hat. Information und Aufklärung ist der wichtigste Schritt in der Energie- und Klimadebatte. Wenn man die Bevölkerung mit wissenschaftlichen Fakten und Informationen dazu bringt, eigene Gewohnheiten zu hinterfragen, hat man bereits einen grossen Schritt hin zu einer klimafreundlichen Stadt getan.

Elisabeth Schoch (FDP): Die Minderheit ist der Ansicht, dass es um einen Bevormundungsartikel geht. Wir sind der Ansicht, dass im 2000-Watt-Artikel eine Legitimation für Informationsveranstaltungen bereits vorhanden ist. Dies sagt die Stadträtin selbst, indem sie darlegt, was sie alles macht. Soll diese Kompetenz ausgedehnt werden, dann entwickelt sich das in Richtung Bevormundung. Ein Gegenvorschlag ist unnötig.

Weitere Wortmeldungen:

Marion Schmid (SP): Wir von der SP unterstützen in beiden Dispositivpunkten die Mehrheit der Kommission. Im Dispositivpunkt 1 sind wir mit dem Stadtrat einig, dass die Volksinitiative zur Ablehnung empfohlen werden sollte. Die Gründe für die Ablehnung sind vielfältig. Erstens sind wir der Ansicht, dass der Vorschlag des Initiativkommittees zu stark auf die Reduktion tierischer Erzeugnisse fokussiert. Andere wichtige Faktoren für die Nachhaltigkeit, wie zum Beispiel die Regionalität, Saisonalität, die Transportfrage, Produktionsbedingungen der Lebensmittel oder das Thema Food Waste werden nicht berücksichtigt. Zweitens anerkennen wir, dass die Stadt heute vor allem bei den eigenen Angeboten bereits sehr viel unternimmt, um die Nachhaltigkeit in der Ernährung zu fördern. In der Kommission wurde uns dies anschaulich dargelegt. Drittens sind wir der Ansicht, dass die Massnahmen, welche das Initiativkomitee vorschlägt, nicht zielführend sind. Die Stiftung erscheint uns unnötig und teuer. Die Auflage für ein veganes Angebot bei Veranstaltungen ist unserer Ansicht nach nicht umsetzbar, wenn man beispielsweise an ein Schützenfest denkt. Trotzdem anerkennen wir das zugrundeliegende Anliegen als wichtig und berechtigt. 2008 wurde die 2000-Watt-Gesellschaft verankert. Der Fokus für die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft lag bislang vor allem auf der Energieversorgung, auf energetischem und verdichtetem Bauen und auf der Mobilität. In diesen Bereichen unternehmen wir viel. Viele Menschen gehen oft davon aus, dass diese Faktoren für nachhaltiges Verhalten entscheidend sind. Ich habe mein ökologisches Gewissen damit beruhigt, dass ich immer Ökostrom einkaufe, in einer 2000-Watt-Siedlung lebe, nicht mit dem Auto fahre und sehr wenig fliege. Im Rahmen der Beratung dieses Geschäfts in der Kommission habe ich angefangen, mich mit dieser Thematik intensiver auseinanderzusetzen. Ich musste mir eingestehen, dass es nicht so einfach ist. Ich bin überzeugte Karnivorin. Ich esse gerne und viel Fleisch. Dies hat einen grösseren Einfluss auf meinen ökologischen Fussabdruck als mein Verkehrsverhalten und meine Lebensweise. Die Ernährung macht über einen Drittel der Umweltbelastung aus. Es scheint uns sinnvoll, mehr Sensibilisierung und Information zu betreiben. Den Leuten zu sagen, was sie tun sollen, wird nicht zum Ziel führen. Es braucht ein attraktives Angebot. Dass dies möglich ist, lässt sich in der Stadt beweisen. Mit dem Restaurant Hiltl haben wir das weltweit älteste vegetarische Restaurant. Die steile Erfolgskurve zeigt, dass viele Leute bereit sind, ihr Ernährungsverhalten anzupassen und sich auf vegetarische und vegane Ernährung einzulassen. Wir sind der Ansicht, dass ein grosses Potential besteht. Deshalb unterstützen wir den Gegenvorschlag, der das Anliegen der Initiative aufnimmt und unnötige Einschränkungen vermeidet.

Guy Krayenbühl (GLP): Wir lehnen die Volksinitiative ebenfalls ab. Wir teilen die Meinung des Stadtrats, dass die von den Initianten vorgesehenen Massnahmen nicht zielführend sind. Die Errichtung einer Stiftung ist nicht sinnvoll, da bereits entsprechende Institutionen bestehen. In den städtischen Verpflegungsbetrieben wird bereits heute auf ein ausgewogenes und nachhaltiges Angebot geachtet. Die Förderung einer ausschliesslich veganen Ernährung durch Vorschriften oder Auflagen erachten wir aus liberaler Sicht als bevormundend. Uns ist bewusst, dass eine nachhaltige und faire Ernährung ein wichtiger Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt ist. Insbesondere für das Erreichen der Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ist dies wichtig. Dazu braucht

es aber nicht nur eine vegane Ernährung, es müssen auch andere Aspekte berücksichtigt werden, so zum Beispiel die Verwendung von Nahrungsmitteln aus der Region, die Saisonalität von Produkten und die Vermeidung von Food Waste. Die Initianten kommen durch die Fokussierung auf die vegane Ernährung ihrem Anspruch auf eine umfassende nachhaltige, gesunde und faire Ernährung nicht nach. Wir unterstützen aber den Gegenvorschlag der Grünen. Diese Ergänzung in der Gemeindeordnung ist zielführend.

Thomas Osbahr (SVP): *Im Änderungsantrag wird verlangt, dass der Artikel in der Gemeindeverordnung um eine weitere Ziffer ergänzt werden soll. Es wird verlangt, umweltschonende Ernährung zu fördern und über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima zu informieren. Wie bereits in der Weisung beschrieben wurde, ist man bereits jetzt bemüht, auf umweltschonende Ernährung zu achten. Ob es Informationen über den Einfluss von Ernährung auf das globale Klima braucht, ist fraglich. Wir finden die zusätzliche Ziffer unnötig.*

Eduard Guggenheim (AL): *Ich bin Vegetarier, trotzdem lehnen ich und die AL die Dispositivziffer 1 und 2 ab. Über weite Strecken kann man mit den Befürwortern einverstanden sein, dennoch ist der Vorstoss nicht haltbar. Die Volksinitiative ist gut gemeint, aber sie geht zu weit. Man darf nicht bis ins letzte Detail vorschreiben, was man tun darf. Sie ist belehrend und dadurch unangenehm. Die Stadt bemüht sich in ihren Betrieben bereits jetzt um gesunde, vegane und vegetarische Ernährung. Eine Stiftung ist nicht Aufgabe der Stadt. Wenn man auf vegetarische Öle ausweicht, landet man beim Palmöl. Was das bedeutet, ist bekannt. Damit fördern wir grossflächig die Zerstörung anderer Kulturen und des Regenwalds. Schauen Sie sich dazu die neuen vegetarischen Produkte der Migros an. Dort wird fast überall Palmöl eingesetzt. Die Dispositivziffer 2 lehnen wir ab, da sie nicht besser ist. Es wird auf eine Stiftung verzichtet, der Vorstoss gehört jedoch auch nicht zum 2000-Watt-Artikel.*

Roger Liebi (SVP): *Ich möchte bekannt geben, dass ich mich dazu bekenne, ein schlechter Mensch zu sein. Ich fliege gerne, ich fahre Auto, ich esse gerne Fleisch, ich trinke gerne spanischen und französischen Wein, ich mag Moules Frites, ich mag Vieles, das ich dann nicht mehr tun dürfte. Wenn die Vorlage durchkäme, dürfte ich bald keine Muscheln mehr essen, ich dürfte keinen spanischen Wein mehr trinken. Ich bin lieber ein schlechter Mensch als ein Gutmensch. Sie haben verschiedene Kreise aufgezeigt. Es wurde über gesunde Ernährung gesprochen. Ich möchte zu bedenken geben, dass auch in diesem Rat nicht diejenigen sitzen, die sich am gesündesten ernähren. Dazu müsste der Rat mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn man der Stimmbevölkerung bei der 2000-Watt-Abstimmung gesagt hätte, dass man ihr künftig vorschreiben würde, was sie essen dürfe, dann wäre die Vorlage damals nicht angenommen worden. Sie sagen, es handle sich um keine Verpflichtung. Der Gegenvorschlag soll in die Gemeindeordnung einfließen. Es handelt sich somit um einen Verfassungsgrundsatz für die Stadt. Was passiert, wenn die Forderung nicht eingehalten wird? Der Eingriff in die Freiheit der Menschen ist unglaublich. Ich frage mich, welches Menschenbild Sie vertreten. Ich fühle mich, so wie ich esse, sehr gut.*

Elisabeth Schoch (FDP): Die FDP wird die Initiative und den Gegenvorschlag ablehnen. Wir sind gegen weitere Bevormundung. Im Gesetz gibt es genügend Anhaltspunkte für Informationsveranstaltungen.

Marcel Bührig (Grüne): Ich war bei der Ausarbeitung des Gegenvorschlags dabei. Ich habe offenbar den Teil, in dem verboten wird, spanischen Wein zu trinken, überlesen. Es geht nicht um Bevormundung, es geht um Information und Aufklärung. Es geht im Gegenvorschlag nicht um Regelungen, es geht auch nicht darum, dass Menschen, die sich nicht so ernähren, schlecht oder böse sind. Es geht um die Förderung von Informationen. Es geht nicht um Bevormundung.

Reto Vogelbacher (CVP): Gesunde Ernährung ist unserer Ansicht nach vielfältig. Fleisch gehört dazu. Das bedeutet nicht, dass ich zum Frühstück, Mittag- und Abendessen ein Steak esse. Eine Einschränkung finden wir jedoch unangebracht. Marcel Bührig (Grüne) hat gesagt, es gehe um Informationen. Informationen können auch Belehrungen sein. Die CVP ist gegen Vorschriften zur Verpflegung. Wir werden mit der FDP und SVP stimmen.

Simon Kälin (Grüne): Ich ergänze im Namen des Initiativkommittees einige Aspekte. Es wurde von Bevormundung gesprochen. Ich frage mich, ob Sie den Initiativtext gelesen haben. Es ist absurd, wie uns Illiberalität und Bevormundung vorgeworfen wird. Es geht um die Ausweitung des Angebots. Eine Ausweitung des Angebots ist etwas, was Liberale eigentlich mögen. Die Bevölkerung erhält die Möglichkeit, zu wählen, was sie essen möchte. Wenn heute ein Veganer in ein normales Geschäft geht, hat er kaum Auswahl. In letzter Zeit sind in der Stadt einige Restaurants entstanden, die zeigen, dass die Initiative nicht völlig falsch liegen kann. An der Rämistrasse ist eine vegane Mensa entstanden. Es herrscht dort sehr grosser Andrang. Das ist ein Thema bei jungen Leuten. Vor allem gebildete, junge Frauen ernähren sich heute oft vegan. Ich bin Vegetarier. Für mich ist klar, dass die vegane Ernährung das Gebot der Stunde ist. Dies gilt auch, wenn man Klimaschutzfragen anschaut. Gleichzeitig sind die Umweltfolgen des Fleischkonsums eines der am stärksten tabuisierten Themen. Sogar grosse Umweltorganisationen haben sich lange Zeit nicht getraut, das Thema anzusprechen. Sie fürchteten Unterstützer und Sponsoren damit vor den Kopf zu stossen. Die Umweltfolgen des Fleischkonsums sind nicht bestreitbar. Die Fakten sind klar. Ernährung ist kein einfaches Thema. Wenn man in einem Geschäft aus einer riesigen Auswahl auswählen soll, dann ist das nicht einfach. Die App Code Check kann hierbei unterstützend wirken. Es geht um richtig oder falsch. Es geht uns nicht um Moral. Ich möchte darauf hinweisen, dass das Tierwohl ebenfalls berücksichtigt werden muss.

Walter Angst (AL): Ich verstehe die dem Gegenvorschlag zugrundeliegende Absicht. Damit soll der Initiative ein ehrenvoller Rückzug ermöglicht werden. Sie schlagen vor, den Artikel in die Gemeindeordnung aufzunehmen. Marcel Bührig (Grüne) hat erläutert, dass es nicht um Markteingriffe geht. Es geht nur um Informationen. Es geht um Posten, über die wir immer wieder in der Budgetdebatte diskutieren. Es geht etwa um eine Million pro Jahr. Ich plädiere für eine gewisse Zurückhaltung in der Ausformulierung der

Gemeindeordnung. Andernfalls laufen wir Gefahr, dass dies so interpretiert wird, dass damit gebundene Ausgaben möglich werden. Wenn die Kommissionsberatung dazu geführt hat, dass Leute mit ihrem Konsum bewusster umgehen, ist das gut. Dazu braucht es keinen Eintrag in der Gemeindeordnung. Es geht um andere Strukturen des Wirtschaftens und nicht um einen Eintrag in der Gemeindeordnung.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Es braucht keine Vorschriften, es geht um natürliche Reaktionen. Einen Wein, den Indianer in Arizona anbauen, trinkt man nicht so oft, weil er schlecht erhältlich ist. An dieser Debatte ist ärgerlich, dass es um das grüne Prinzip der Bevormundung und des Zwangs geht. Das haben wir nicht nötig.*

Samuel Balsiger (SVP): *Die Grünen wissen auf 0,5° C genau, wie sich die Temperaturen bis 2050 entwickeln werden. Sie schaffen es aber nicht, zwei Zeilen des eigenen Textes zu verstehen. Im Vorstoss steht, dass es um die Förderung der umweltschonenden Ernährung geht. Es geht um einen Auftrag, den die Stadt umsetzen muss. Wenn dieser Auftrag nicht erfüllt wird, dann muss man Gegenmassnahmen ergreifen. Man muss dann in die Freiheit des Bürgers eingreifen. Es ist bedenklich, dass Sie die Diskussion über den Klimaschutz dominiert haben und beim Verständnis von zwei Sätzen scheitern.*

Michael Schmid (FDP): *Samuel Balsiger (SVP) hat das Problem auf den Punkt gebracht. Ich fange auch mit einem Geständnis an. Ich gehe genauso gerne ins Churrasco wie ins Hiltl. Ich brauche keine Vorschriften der Stadtverwaltung dazu, welches Restaurant richtiger ist. Mit Ihrer Argumentation, derzufolge es um Information und Aufklärung geht, überzeugen Sie uns nicht. Sie lenken damit vom Zweck ab. Wenn es sich tatsächlich um ein solches Problem handelt, das so intensiv mit Gemeindeordnungsbestimmungen bekämpft werden muss, dann müssen die geforderten Ziele erreicht werden. Andernfalls müssen weitere Forderungen anschliessen. Dies ist in der Initiative bereits jetzt enthalten. Gemäss Initiative wäre die Stadt verpflichtet, die Bewilligung für Veranstaltungen an ein angemessenes Angebot an veganen Speisen zu knüpfen. Sie greifen direkt ein und machen Vorschriften. Im Gegenvorschlag ist es nicht so deutlich, aber auch dort geht es um die Förderung der umweltschonenden Ernährung und die Information über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima. Wenn die Förderung keine Wirkung zeigt, dann werden weitere Massnahmen gefordert.*

Guido Hüni (GLP): *Ich bin ein interessierter Bürger und ich interessiere mich für die Zusammenhänge beim Klima. Es ist klar, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen der Ernährung und dem CO₂-Ausstoss gibt. Es gibt ein nicht zu unterschätzendes Optimierungspotential. Nun stellt sich die Frage, was man damit tun will. Man kann desinteressiert sein oder man kann schauen, welche Massnahmen zielführend sein könnten. Letzteres passiert in dieser Vorlage. Es geht um eine Förderung umweltschonender Ernährung und Aufklärung. Wenn ich meinen Kindern die Klimaerwärmung erkläre und darlege, dass die Ernährung eine grosse Rolle spielt, dann sind meine Kinder dafür, etwas gegen die Klimaerwärmung zu unternehmen. Wenn man einmal auf diese Epoche zurückblicken wird, dann werden unsere Kinder vielleicht fragen, warum wir nichts getan haben, obwohl wir die Zusammenhänge gekannt haben. Das ist so ähnlich wie*

die Zusammenhänge zwischen Zucker und Karies. Heute gibt es deutlich weniger Prothesen als vor 50 Jahren. Wir sind auch gegen Zwangsmassnahmen. Es geht um Aufklärung. So geht es auch um den Umstand, dass fettfreie Nahrungsmittel nicht weniger Kalorien, aber mehr Zucker haben. Ist es falsch, wenn der Konsument über solche Dinge aufgeklärt wird? Ich bin froh, wenn ich die Zusammenhänge kenne und mich dann bewusst entscheiden kann. Ich kann mich auch bewusst für einen SUV entscheiden und mehr zahlen. Das ist vertretbar und kein starker Einschnitt in die persönliche Freiheit.

Thomas Osbahr (SVP): *Es geht um die Förderung der umweltschonenden Ernährung und um Informationen über den Einfluss der Ernährung auf das Klima. Wenn jemand ein Quartierfest macht, dann muss er künftig schauen dass es vegane, vegetarische und normale Angebote gibt. Es gibt immer mehr Auflagen.*

Roger Liebi (SVP): *Ich beantrage eine Abstimmung unter Namensaufruf. Ich will wissen, wer den Leuten vorschreiben will, wie sie sich ernähren sollen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *Essen ist ein wichtiges Thema für das Wohlbefinden. Es ist aber auch ein wichtiges Thema für die Umwelt. Der Einfluss auf die Umwelt ist bedeutend grösser als bislang angenommen. Der Umstand, dass man dies weiss, ist der Tatsache zu verdanken, dass es immer mehr Informationen gibt. Man weiss immer besser, wer sich auf welche Weise ernährt und welche Auswirkungen die Ernährung hat. Wir wissen nicht, auf welche Weise sich die städtischen Angestellten ernähren. Wir wollen dies auch nicht wissen. Ernährung ist wichtig und hat einen grossen Einfluss. Über die Ernährung können wir alle auch selbst Einfluss nehmen. Ich bewundere alle, die konsequent sind und sich zum Beispiel überlegen, welche Folgen der Einsatz von Palmöl nach sich zieht. Es wurde sehr viel dazu gesagt. Nicht alle sind so konsequent und es ernähren sich nicht alle so, wie es gesund wäre. Der Stadtrat bringt der Volksinitiative grosse Sympathie entgegen. Wir haben Ihnen dargelegt, weshalb der Stadtrat die Volksinitiative ablehnt. In der Kommission wurde ausführlich über den Gegenvorschlag diskutiert. Man kann sehr viel in die Gemeindeordnung aufnehmen. Es ist zu bezweifeln, dass dadurch die gewünschten Effekte erreicht werden. Über mögliche Auswirkungen bestimmen Sie. Der Stadtrat wird aufgefordert, etwas zu prüfen. Der Stadtrat budgetiert dann etwas und der Gemeinderat streicht es im Dezember wieder. Wenn Sie sich für diesen Satz in der Gemeindeordnung stark machen, dann lassen Sie uns unsere Arbeit machen. Lassen Sie uns neue Erkenntnisse gewinnen und Anpassungen in unseren Betrieben durchführen. Das kostet alles Geld.*

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK GUD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Der Antrag des Stadtrats wird zu Dispositivziffer 1):

2. Die nachstehende Vorlage wird als Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Nachhaltige und faire Ernährung» vom 12. Oktober 2015 beschlossen:

Art. 2^{ter} Abs. 2 GO (neu): d) die Förderung der umweltschonenden Ernährung und die Information über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

- Mehrheit: Marcel Bührig (Grüne), Referent; Dorothea Frei (SP) i. V. von Joe A. Manser (SP), Eva Hirsiger (Grüne), Guy Kraysenbühl (GLP), Mathias Manz (SP) i. V. von Marion Schmid (SP), Marcel Savarioud (SP), Barbara Wiesmann (SP)
- Minderheit: Vizepräsidentin Elisabeth Schoch (FDP), Referentin; Präsident Rolf Müller (SVP), Raphael Kobler (FDP), Dr. Thomas Monn (SVP), Thomas Osbahr (SVP)
- Enthaltung: Eduard Guggenheim (AL) i. V. von Dr. David Garcia Nuñez (AL)

Roger Liebi (SVP) beantragt Abstimmung unter Namensaufruf.

Der Rat stimmt dem Antrag von Roger Liebi (SVP) mit 87 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 30 Stimmen gemäss Art. 41 Abs. 1 GeschO GR erreicht.

Abstimmung gemäss Art. 41 GeschO GR:

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
088	Akyol	Ezgi	AL	NEIN
171	Albrecht	Patrick	FDP	NEIN
084	Angst	Walter	AL	NEIN
138	Anken	Walter	SVP	NEIN
013	Aubert	Marianne	SP	JA
092	Babini	Mario	parteilos	NEIN
137	Balsiger	Samuel	SVP	NEIN
063	Bär	Linda	SP	JA
141	Bartholdi	Roger	SVP	NEIN
105	Baumann	Markus	GLP	JA
168	Baumer	Michael	FDP	NEIN
018	Beer	Duri	SP	JA
114	Bertozzi	Roberto	SVP	NEIN
133	Bodmer	Onorina	FDP	NEIN

031	Brander	Simone	SP	--
119	Brunner	Alexander	FDP	NEIN
052	Bührig	Marcel	Grüne	JA
165	Bünger	Pablo	FDP	NEIN
069	Bürgisser	Balz	Grüne	JA
002	Bürki	Martin	FDP	NEIN
176	Bürlimann	Martin	SVP	NEIN
033	Denoth	Marco	SP	JA
009	Diggelmann	Simon	SP	JA
004	Egger	Heidi	SP	JA
167	Egger	Urs	FDP	NEIN
130	Egli	Andreas	FDP	NEIN
030	Egloff	Mathias	SP	JA
061	Erdem	Niyazi	SP	JA
127	Fehr	Urs	SVP	NEIN
008	Fischer	Renate	SP	JA
015	Frei	Dorothea	SP	JA
045	Früh	Anjushka	SP	JA
099	Garcia	Isabel	GLP	JA
087	Garcia Nuñez	David	AL	--
027	Glaser	Helen	SP	JA
135	Götzl	Martin	SVP	NEIN
020	Graf	Davy	SP	JA
082	Guggenheim	Eduard	AL	NEIN
048	Helfenstein	Urs	SP	JA
072	Hirsiger	Eva	Grüne	JA
011	Huber	Patrick Hadi	SP	JA
143	Hungerbühler	Markus	CVP	NEIN
160	Hüni	Guido	GLP	JA
116	Huser	Christian	FDP	NEIN
175	Hüssy	Kurt	SVP	--
108	im Oberdorf	Bernhard	SVP	NEIN
123	Iten	Stephan	SVP	NEIN
039	Kälin	Simon	Grüne	JA
014	Käppeli	Hans Jörg	SP	JA
086	Kirstein	Andreas	AL	NEIN
025	Kisker	Gabriele	Grüne	JA
118	Kleger	Thomas	FDP	NEIN
026	Knauss	Markus	Grüne	--
147	Kobler	Raphael	FDP	NEIN
046	Kraft	Michael	SP	JA

10 / 12

102	Krayenbühl	Guy	GLP	JA
001	Küng	Peter	SP	JA
054	Kunz	Markus	Grüne	JA
068	Kurtulmus	Muammer	Grüne	JA
066	Lamprecht	Pascal	SP	--
158	Landolt	Maleica	GLP	JA
134	Leiser	Albert	FDP	NEIN
081	Leitner Verhoeven	Andrea	AL	NEIN
121	Liebi	Roger	SVP	NEIN
149	Luchsinger	Christoph	FDP	NEIN
101	Luchsinger	Martin	GLP	JA
077	Maino	Rosa	AL	NEIN
201	Manser	Joe A.	SP	JA
042	Manz	Mathias	SP	JA
163	Mariani	Mario	CVP	NEIN
051	Marti	Elena	Grüne	JA
154	Marty	Christoph	SVP	NEIN
071	Meier-Bohrer	Karin	Grüne	JA
104	Merki	Markus	GLP	JA
161	Meyer	Pirmin	GLP	JA
140	Monn	Thomas	SVP	--
024	Moser	Felix	Grüne	JA
152	Müller	Marcel	FDP	NEIN
173	Müller	Rolf	SVP	NEIN
096	Nabholz	Ann-Catherine	GLP	JA
032	Näf	Ursula	SP	JA
125	Osbahr	Thomas	SVP	NEIN
058	Papageorgiou	Kyriakos	SP	JA
115	Pflüger	Severin	FDP	NEIN
037	Prelicz-Huber	Katharina	Grüne	JA
073	Probst	Matthias	Grüne	JA
157	Regli	Daniel	SVP	NEIN
044	Renggli	Matthias	SP	JA
006	Richli	Mark	SP	JA
112	Richter	Derek	SVP	NEIN
021	Rothenfluh	Gabriela	SP	JA
097	Roy	Shaibal	GLP	JA
005	Rudolf	Reto	CVP	NEIN
055	Rykart Sutter	Karin	Grüne	JA
010	Sangines	Alan David	SP	JA
065	Savarioud	Marcel	SP	JA

11 / 12

003	Schatt	Heinz	SVP	NEIN
178	Schick	Peter	SVP	NEIN
089	Schiller	Christina	AL	NEIN
083	Schiwow	Michail	AL	NEIN
049	Schmid	Marion	SP	JA
170	Schmid	Michael	FDP	NEIN
146	Schoch	Elisabeth	FDP	NEIN
156	Schwendener	Thomas	SVP	--
041	Seidler	Christine	SP	JA
098	Siev	Ronny	GLP	JA
019	Silberring	Pawel	SP	JA
151	Simon	Claudia	FDP	NEIN
124	Sinovic	Dubravko	SVP	NEIN
107	Sobernheim	Sven	GLP	--
017	Speck	Roger-Paul	SP	JA
034	Strub	Jean-Daniel	SP	JA
035	Tobler	Marcel	SP	--
150	Tognella	Roger	FDP	NEIN
162	Traber	Christian	CVP	NEIN
166	Tschanz	Raphaël	FDP	NEIN
183	Urben	Michel	SP	JA
110	Urech	Stefan	SVP	NEIN
120	Uttinger	Ursula	FDP	NEIN
047	Utz	Florian	SP	JA
144	Vogelbacher	Reto	CVP	NEIN
129	Weyermann	Karin	CVP	NEIN
028	Wiesmann	Barbara	SP	JA
095	Wiesmann	Matthias	GLP	JA
062	Ziswiler	Vera	SP	JA

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 61 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Die Vorlage wird stillschweigend an die Redaktionskommission (RedK) überwiesen.

12 / 12

Damit ist beschlossen:

Der neu beantragte Artikel der Gemeindeordnung zum Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Nachhaltige und faire Ernährung» ist durch die RedK zu überprüfen (Art. 38 Abs. 3 in Verbindung mit Art. 64 Abs. 1 GeschO GR). Die Schlussabstimmung findet nach der Redaktionslesung statt.

Art. 2^{ter} Abs. 2 d): die Förderung der umweltschonenden Ernährung und die Information über den Einfluss der Ernährung auf das globale Klima.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat